

Antragstext:

Der STURA möge beschließen, sich zu verpflichten, jeden anti-Palästinensischen Rassismus zu verurteilen und die folgende Definition des anti-palästinensischen Rassismus anzuerkennen:

“Anti-Palestinian racism is a form of anti-Arab racism that silences, excludes, erases, stereotypes, defames or dehumanizes Palestinians or their narratives. Anti-Palestinian racism takes various forms including: denying the Nakba and justifying violence against Palestinians; failing to acknowledge Palestinians as an Indigenous people with a collective identity, belonging, and rights in relation to occupied and historic Palestine; erasing the human rights and equal dignity and worth of Palestinians; excluding or pressuring others to exclude Palestinian perspectives, Palestinians and their allies; defaming Palestinians and their allies with slander such as being inherently antisemitic, a terrorist threat/sympathizer, or opposed to democratic values.”

Diese Definition wurde von der ACLA (Arab Canadian Lawyers Association) in einer wissenschaftlichen Arbeit (Anti-Palestinian Racism: Naming, Framing and Manifestations) herausgearbeitet, die von Rutgers University Student Assembly in einer Resolution (A Resolution to Counteract Anti-Palestinian Racism) adoptiert wurde.

Begründung:

Angesichts der alarmierend zunehmenden anti-palästinensischen Rassismusfälle in Deutschland und innerhalb unserer Universitätsgemeinschaft, und in Anerkennung der Notwendigkeit, alle Formen von Rassismus und Diskriminierung zu bekämpfen und die Betroffenen aktiv zu schützen, legen wir, die Students for Palestine, diesen Antrag dem Studierendenrat der Universität Freiburg vor.

Manifestationen des anti-palästinischen Rassismus:

Im Folgenden wird genauer auf die Manifestationen des anti-palästinischen Rassismus eingegangen, die in der obigen Definition angegeben sind. Die Manifestationen des anti-palästinensischen Rassismus umfassen, sind jedoch nicht beschränkt auf:

1. *Geschichtsrevisionistische Leugnung palästinischer Kultur und Geschichte:* Palästinensische kulturelle Errungenschaften, Traditionen und Identität werden geleugnet oder herabgesetzt. PalästinenserInnen wird ihre historische Verbundenheit mit ihrem Land abgesprochen. Zu diesem Geschichtsrevisionismus gehören u. a. 1. die Leugnung der Nakba, d. i. der ethnischen Säuberung der PalästinenserInnen, 2. Die Behauptung, dass kein palästinisches Land existiert, 3. die Leugnung der Siedlerkolonialisierung Palästinas; 4. die Ablehnung des Rückkehrrechts palästinensischer Flüchtlinge und 5. die Aneignung der palästinensischen Kultur, z.B. der Architektur, Sprache, Traditionen, Kleidung, Küche, Musik, Kunst usw. ohne Anerkennung ihrer Ursprünge. Dieser anti-palästinensische Geschichtsrevisionismus trägt dazu bei, die PalästinenserInnen als „Andere“ zu dehumanisieren, ihre Identität zu entwerten und ihre Enteignung zu verharmlosen. Zudem wird durch die Leugnung ihrer Geschichte und Kultur auch ihre legitime Forderung nach Selbstbestimmung und nationaler Identität marginalisiert und diskreditiert.

2. *Doppelte Standards:* Eine weitere Manifestation des anti-palästinensischen Rassismus sind doppelte Standards bei der Bewertung von Menschenrechten, internationalem Recht, dem Schutz vor

Gewalt und des Rechts auf Selbstverteidigung. Das Leiden der PalästinenserInnen wird in den Diskussionen, sowie in der Geschichtsschreibung und den medialen Berichterstattungen, ignoriert oder anders bewertet und behandelt als das Leiden anderer Gruppen. Diese Ungleichbehandlung von PalästinenserInnen ist in den rassistischen Wurzeln anti-palästinischer Äußerungen und Verhaltensweisen verankert und verstärkt ihre Marginalisierung und Unterdrückung.

3. *Normalisierung von illegalen Siedlerkolonien:* Es wird versucht, den systematischen Einsatz von Siedlergewalt (d.h. direkten, Angriffen auf palästinisches Leben), oder allgemeiner: siedlerkolonialer Gewalt (d.h. Landnahme, Schädigung natürlicher Ressourcen, Einschränkung von Wohnungsraum oder Zerstörung von Wohnungen, Geschäften, religiösen Zentren) zu rationalisieren, indem z.B. 1. die Unterdrückten mit UnterdrückerInnen gleichgesetzt oder 2. die Unterdrückten für die Handlungen der UnterdrückerInnen beschuldigt werden oder 3. indem versucht wird, die siedlerkoloniale Gewalt als notwendige politische Strategie zu rechtfertigen.

4. *Die Bedingung, den israelischen Staat anzuerkennen:* Die Forderung nach Anerkennung des israelischen Staats kann anti-palästinensischen Rassismus verstärken, wenn sie als notwendige Voraussetzung für den Dialog mit PalästinenserInnen oder als Hauptkriterium für die Anerkennung ihres Rechts auf Selbstbestimmung angesehen wird, denn dies untergräbt die Gleichstellung der PalästinenserInnen und entwertet ihr Recht auf Selbstbestimmung.

5. *Die Forderung, sich von Terrorismus zu distanzieren:* PalästinenserInnen werden aufgefordert, sich ausdrücklich von Terrorismus oder Organisationen, wie der Hamas, zu distanzieren, um als legitime GesprächspartnerInnen anerkannt zu werden. Es ist im Allgemeinen rassistisch, eine Person mit den Taten anderer Personen des gleichen ethnischen Ursprungs zu assoziieren. Die Forderung der Distanzierung von Terrorismus geschieht meistens als eine Form des aus anti-muslimischen und anti-arabischen Rassismus, da sie spezifisch an diese ethnische oder kulturelle Gruppe gerichtet ist, ohne dass ähnliche Forderungen in ähnlichen Kontexten an andere Gruppen gestellt werden, wobei PalästinenserInnen heute in einem noch besonders hohem Ausmaß von dieser rassistischen Forderung betroffen sind.

6. *Die Verurteilung der Unterstützung des Rechts der PalästinenserInnen auf Widerstand:* PalästinenserInnen wird oft das Recht auf Selbstverteidigung abgesprochen, indem jeglicher Akt der Selbstverteidigung von seinem Kontext abstrahiert und als Terrorismus dargestellt wird. So impliziert, im Kontext des deutschen Diskurses, die rassistische Forderung nach einer Distanzierung von Terrorismus meistens eine einseitige Betrachtung von Gewaltakten im besetzten Palästina, sodass jegliche Form von Unterstützung und Befürwortung des Rechts der unterdrückten PalästinenserInnen auf Widerstand gegen die Gewalt der israelischen Besatzung assoziativ als Terrorverherrlichung oder Antisemitismus abgetan wird.

7. *Der Ausschluss von PalästinenserInnen und ihrer Verbündeten:* Diese Manifestation des anti-palästinensischen Rassismus umfasst das Ausschließen oder Diffamieren derjenigen, die legitime palästinensische Bewegungen oder Organisationen unterstützen oder daran teilnehmen. Das Ausschließen wird mit Diffamierungsinhalten begründet, die wiederum auf unbegründeten und im

anti-palästinensischen Rassismus verwurzelten Vorwürfen basieren, wie Antisemitismus, Terrorverherrlichung, Verharmlosung von Gewalt usw. Wenn diese Vorwürfe instrumentalisiert werden, um PalästinenserInnen aus sozialen, politischen oder kulturellen Events auszuschließen und den OrganisatorInnen palästinischer Veranstaltungen Räume für ihre Events zu verweigern, dann handelt es sich um anti-palästinischen Rassismus

Die Anerkennung des anti-palästinensischen Rassismus durch den Studierendenrat der Universität Freiburg ist ein wichtiger Schritt, um ein Bewusstsein für diese Form des Rassismus zu schaffen und Maßnahmen zu ergreifen, um ihm entgegenzuwirken. Wir sollten uns als Bildungseinrichtung aktiv für Gerechtigkeit, Gleichberechtigung und Respekt für alle Menschen einsetzen, unabhängig von ihrer Herkunft oder Religion.